

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Donnerstag, dem 20. März 2014, um 20.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister	Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin	Elisabeth	BÖHM
Stadtrat	Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI Thomas	HALBRITTER
Stadträtin	Monika	RUPP
Stadtrat	Roman	SCHEUER
Stadträtin	Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderätin	Ingeborg	BERGER
Gemeinderätin	Judith	FRANK-UNGER bis 21:30 Uhr
Gemeinderätin	Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing. Viktor	HORVATH
Gemeinderat	Ing. Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Ing. Günter	KOLAR
Gemeinderat	Ing. Hermann	MICHLITS
Gemeinderätin	Birgit	PECK
Gemeinderat	Johannes	DEPAULY
Gemeinderat	Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderat	Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Karl	PANNER
Gemeinderätin	Mag. ^a Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat	Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat	Mag. Heinz	ZITZ
Gemeinderätin	Mag. ^a Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing. Johann	LINHART
Gemeinderat	DI Gottfried	HAIDER

Schriftführer

Lukas

STRANZ

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, insbesondere Dr. Peter Pilz, der zum TOP 1 den Maßnahmenkatalog und die Ergebnisse der Klausur erläutern wird. Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 20.05 Uhr.

Das Protokoll der letzten GR-Sitzung wurde noch nicht genehmigt, da auf Wunsch von GR Fischbach noch eine geringfügige Änderung vorgenommen wurde. Die Genehmigung soll bis zur nächsten Sitzung nachgeholt werden.

Das aktuelle Sitzungsprotokoll soll von den GR Kast und GR Königshofer unterschrieben werden.

Bevor der Bürgermeister in die Tagesordnung übergeht, bittet er alle Anwesenden sich für eine Trauerminute von den Plätzen zu erheben. Der ehemaligen Bürgermeister von Neusiedl am See und Landtagspräsident DI Hans Halbritter verstarb in der Nacht auf den 20. März im 87. Lebensjahr im Kreise seiner Familie.

Bürgermeister Lentsch setzt den TOP 3 von der Tagesordnung ab. Er begründet dies damit, dass auf Grund einer kurzfristigen Absage eines der beiden Geschäftsführers, die nach Festlegung der Tagesordnung eingelangt ist, noch kein neuer Geschäftsführer gefunden werden konnte. Hintergrund: Die Stadtgemeinde wurde von Seiten der WIBAG gebeten, zwei neue Geschäftsführer zu bestellen, da die beiden alten Vorstände, die von der WIBAG entsandt wurden, ihre Posten zurücklegen müssen. Nach Rücksprache mit Vorstand Franz Kast wurde geklärt, dass dies bis 30.6.2014 zu geschehen hat.

Der Vorschlag diese Aufgabe an Dr. Peter Schmitl, dem ehemaligen WIBAG Vorstand, der aktuell eine Unternehmensberatungsfirma betreibt, zu übergeben, wurde von diesem grundsätzlich positiv behandelt, seine einzige Bedingung, nämlich die Geschäfte gemeinsam mit seinem ehemaligen Mitarbeiter Martin Prior zu führen, konnte durch die kurzfristige Absage von Prior nicht eingehalten werden.

Bürgermeister Lentsch schlägt vor, diesen TOP in der nächsten Stadtrat- und später in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung zu behandeln.

T A G E S O R D N U N G

Punkt 1)

Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges / Konsolidierung

Bürgermeister Lentsch übergibt das Wort an Dr. Peter Pilz. Dieser berichtet über die Ergebnisse der Klausur vom 7. und 8. März 2014. Zu Beginn bedankt er sich bei allen Mitgliedern der Steuerungsgruppe und bei den Mitarbeitern des Rathauses für die tolle Zusammenarbeit. Anschließend lässt er den Ablauf des Konsolidierungskonzeptes nochmals Revue passieren. Mit Hilfe einer Power Point Präsentation präsentiert Dr. Pilz die erarbeiteten Potenziale sowie die zukünftig geplante Vorgangsweise. Alle Einzelheiten können dieser Präsentation entnommen werden, da diese in Abschrift einen integrierten Bestandteil dieser Verhandlungsschrift bildet.

Bürgermeister Lentsch bedankt sich bei Dr. Pilz für die professionelle Aufarbeitung und Abwicklung des Konsolidierungskonzeptes sowie für die Berichterstattung aus den Ereignissen der vergangenen Wochen. Lentsch dankt ebenfalls allen Beteiligten und möchte festhalten, dass er positiv überrascht war, dass von den Mitarbeitern des Rathauses durch die lückenlose Aufdeckung und Überprüfung aller Potenziale so viele

Einsparungsmöglichkeiten gefunden werden konnten. Lentsch stellt den Bericht, der gleichzeitig ein Grundsatzbeschluss sein soll, zur Diskussion frei.

GR Kolar stellt die Frage, wie die Potenziale beschlossen wurden. Bürgermeister Lentsch erklärt, dass die rund 150 Maßnahmen von den Mitarbeitern des Rathauses ausgearbeitet wurden. Zu den meisten Potenzialen gab es eine minimale, eine durchschnittliche und eine maximale Variante. Darüber wurde in der Steuerungsgruppe diskutiert und die einzelnen Potenziale, zu denen es Konsens gab, vorläufig beschlossen.

Kolar will weiters wissen, ob der Abgang des Hallenbades einberechnet ist. Lentsch bejaht die Frage, da der Abgang der FZB GmbH im MFP eingerechnet ist. Dr. Pilz ergänzt, dass nur die mögliche Sanierung nicht im Konzept enthalten ist.

Danach meldet sich Vizebürgermeisterin Elisabeth Böhm zu Wort und gibt nachfolgende Erklärung ab, die nachstehend im folgenden Wortlaut angeführt wird: Seit Jahren weist die SPÖ Neusiedl am See auf die außergewöhnlich schlechte Finanzlage unserer Stadt hin. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und sinnvolle Investitionen wurden seit Jahren von der SPÖ verlangt. Wir wurden nicht gehört. Die Überschuldung und die Zahlungsunfähigkeit der Stadt sind eingetreten. Ein weiterer Überbrückungskredit mit € 4,1 Millionen soll aufgenommen werden, nur damit wir unsere Rechnungen bezahlen können. Investitionen in die Zukunft unserer Stadt können in den nächsten Jahren nicht getätigt werden. Dabei würden viele – für uns alle – wichtige Projekte wie Straßensanierung, Schulbauten und Stadtentwicklung anstehen.

Es ist für mich auch unverständlich, wie man in unserer Stadt Neusiedl am See gerade bei der Kinderbetreuung einen Schritt zurück machen will. Unsere Kindergärten sind die ersten Bildungseinrichtungen unserer Kleinsten und ich habe absolut kein Verständnis, wenn man plötzlich hergeht und die Öffnungszeiten verkürzt bzw. das Angebot verringert. Wie kann es in der heutigen Zeit sein, dass den Familien und den berufstätigen Müttern eine zeitlich ausreichende Betreuung verwehrt wird, wo wir doch alle wissen, wie flexibel man in der heutigen Arbeitswelt sein muss. Ich bin strikt dagegen, dass Familien bestraft werden. Das kann und darf nicht sein.

Nun zu den Stadtfinanzen: Immer wieder wurde in den letzten Jahren Gemeindevermögen verkauft und dafür hat man Erlöse erhalten. Wir haben im Jahr 2012 durch den Erlös der BEGAS Anteile 2,54 Mio Euro bekommen, trotzdem ist das Kassenkonto mit 2,1 Mio Euro überzogen. Andere Städte und Gemeinden haben mit diesem Geld nachhaltige Investitionen getätigt.

Für die Taborschule habe ich 2013 € 200.000,-- Euro ins Budget hinein reklamiert, da bereits im September 2009 der Grundsatzbeschluss zum Um- und Zubau der Schule im Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Mittels Weisung des Bürgermeisters wurde mir das Ressort Schulen entzogen und bis heute hat sich baulich nichts getan. Im Gegenteil es müsste eine Kindergartengruppe im Turnsaal untergebracht werden, da es in unserer Stadt viel zu wenig Platz für unsere Kleinsten gibt. Da stellt sich für mich die Frage: Wurde mir das Ressort entzogen, weil ich die Investitionen in die Schule möglich machen wollte?

Vertrauen und Zusammenarbeit sind die Basis für eine funktionierende Gemeindepolitik. In vielen Punkten mussten wir feststellen, dass wir nicht wahrheitsgetreu, zeitgerecht und vollständig informiert wurden. Sogar im Zeitraum der Konsolidierungsgespräche wurden Investitionen getätigt, zu denen kein Gemeinderatsbeschluss vorliegt. Es wurde

zum Beispiel das alte Feuerwehrhaus mit einem Verkaufserlös von € 400.000,-- angegeben, obwohl das Haus bereits verkauft und zurückgeleast ist.

Die fiktiven zukünftigen Einnahmen vom NEUSEE hätten in das Konsolidierungskonzept einfließen sollen. Äußerst befremdend war auch die Einrechnung eines Grundstückverkaufs, der im Gemeinderat noch nicht genehmigt wurde und zu dem auch keinerlei Informationen seitens der Stadt-ÖVP kamen. Wir sind über diese Vorgehensweise sehr verärgert!

Eine Anhebung der Kanalgebühren um 12% ist für uns als sozialdemokratische Partei aufgrund der Höhe undenkbar. Man kann doch nicht die Bürgerinnen und Bürger für die Misswirtschaft bestrafen. Wir sind auch nicht gewillt den Stadtwein mitzutragen. Er kostet den Neusiedlerinnen und Neusiedlern jährlich € 40.000,-- Das können und wollen wir uns nicht leisten.

Ein für uns fehlender wesentlicher Punkt in dem Konsolidierungskonzept ist das Hallenbad. Sowohl der Weiterbestand wie auch die nötige Investition von einigen Millionen Euro wurden nicht thematisiert. Aus all den genannten Gründen können wir diesem Belastungspaket für unsere Neusiedler nicht zustimmen. Wir wollen eine ehrliche, von allen akzeptierte und transparente Politik in dieser Stadt.

GR Fischbach meldet sich zu Wort und beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Davor möchte sie jedoch noch von der Vizebürgermeisterin wissen, was die Alternative ist und wie es laut SPÖ weitergehen soll. Böhm erklärt, dass die SPÖ nicht mitstimmt. Es gäbe jedoch noch drei andere Parteien im Gemeinderat, die dafür stimmen können.

Bürgermeister Lentsch unterbricht die Sitzung um 20:45 Uhr und bittet die Fraktionsführer ins Bürgermeisterzimmer zu einer Diskussion.

Um 21:15 Uhr nimmt Lentsch die Sitzung wieder auf und übergibt Vizebürgermeisterin Böhm das Wort: Diese bestätigt nochmals, dass ihre Fraktion dem Sanierungskonzept in dieser Form nicht zustimmen wird. Sie begründet dies damit, dass die Klausur der Steuerungsgruppe keine Zustimmung war, sie habe mehrmals darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse noch fraktionell besprochen werden müssen. Dies unterstreicht auch StR Lichtenberger in ihrem Statement.

GR Mag. Fischbach meldet sich zu Wort. Sie weist darauf hin, dass auch die Grünen oft genug auf die schlechte finanzielle Lage der Stadtgemeinde hingewiesen haben und dass dies durch die Prüfberichte der Gemeindeaufsicht bestätigt wurde. Sie stellt aber gleichzeitig fest, dass es ihrer Ansicht keine Alternativen mehr gibt, da das Konsolidierungsprojekt von allen vier im Gemeinderat vertretenen Parteien beschlossen und beauftragt wurden. Sie ist darüber entsetzt, dass sich die SPÖ der Verantwortung entzieht, weil die Konsequenz eine künftige Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde sei. Sie stellt abschließend in Aussicht, dass die Grünen für das Konzept stimmen würden, wenn der Stadtwein zukünftig nicht mehr produziert wird.

GR Kast meldet sich zu Wort und bedankt sich bei Dr. Pilz für die hervorragende Zusammenarbeit und die perfekte Vorbereitung. Er bedankt sich weiters bei den Mitarbeitern der Stadtgemeinde sowie den Mitgliedern der Steuerungsgruppe. Er habe bei der Klausur am 7. und 8. März einen positiven Spirit verspürt, der eine parteiübergreifende Zusammenarbeit erahnen ließ. Er weist darauf hin, dass es auch in seiner Fraktion teilweise große Diskussionen gegeben habe und dass man die

Vergangenheit nicht mehr ändern könne. Er sieht die Konsolidierung als Zukunftspaket (Umsetzung des Kindergartenbaus, Durchführung weiterer Projekte) und ersucht deshalb alle Parteien um Zustimmung bei der Abstimmung.

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass es keine Alleinregierung der ÖVP gegeben habe und seit dem Eintritt der Vizebürgermeisterin in den Gemeinderat im Jahr 2002 rund 34 Millionen an Investitionen einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurden. Trotz dieser Investitionen wurde der Schuldenstand massiv verringert. Er bedauert sehr, dass die SPÖ nicht mitstimme, weil in der Klausur nur die ausverhandelten Kompromisssummen der beschlossenen Potenziale in das Maßnahmenpaket genommen wurden. Er hätte sich erwartet, dass auch die SPÖ, wie alle anderen drei Parteien zu Ihren Entscheidungen vom 7. und 8. März 2014 stehen.

GR Linhart möchte wissen, wie sich die SPÖ, die Alternative bzw. die weitere Vorgehensweise vorstellt. Von Vizebürgermeisterin Böhm gibt es dahingehend keine Antwort. Sie betont jedoch nochmals, dass es in der Steuerungsgruppe von Seiten der SPÖ keine fixen Zugeständnisse gab.

GR Fischbach unterstreicht zwar die Medienberichte der SPÖ wonach die Stadtfinanzen ein Desaster seien, sie hat auch nichts gegen sachliche und konstruktive Kritik, fordert dann aber auch Gegenvorschläge und andere Lösungsansätze. Sie findet es verantwortungslos, zwar gegen das Paket zu stimmen, aber keine Vorschläge zur Einnahmenerhöhung bzw. Ausgabenverminderung zu tätigen.

Für GR Kast heißt eine Nichtzustimmung zum Konsolidierungspaket, dass das Hallenbad geschlossen werden muss. Da er dies nicht will, bittet er alle für das Paket zu stimmen.

GR Zitz möchte in seiner Wortmeldung darauf hinweisen, dass bis auf den Kindergarten und die € 100.000,- für die Volksschule keine Investitionen getätigt werden können. Wenn dem Paket nicht die Zustimmung erteilt wird, könnte ein Sanierer bzw. Kommissionär in die Gemeinde kommen. Die SPÖ Fraktion könnte sich dann darauf verlassen, dass die Potenziale auch wirklich so umgesetzt werden würden. Momentan sei das Vertrauensverhältnis so zerrüttet, dass man der ÖVP eine genaue Umsetzung dieser Potenziale zutraue.

Bürgermeister Lentsch möchte klarstellen, dass sehr wohl einige Posten im Budget bzw. MFP für Instandhaltungen bzw. Sanierungen angedacht sind, es jedoch keine Investitionen wie Kindergartenneubau gebe. Außerdem stellt er fest, dass er über die Erklärung der Frau Vizebürgermeisterin erschüttert ist, da sie nicht stimme. Außerdem wundere er sich, dass die wichtigsten Proponenten der Stadt-SPÖ sich ihren einstimmig erstellten und von ihnen mitgetragenen Kompromissvorschlag von Ihrer Fraktion umdrehen ließen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag das Konsolidierungspaket mit Ausnahme des Stadtweines zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte

Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried. Gegen den Antrag stimmten die Gemeinderatsmitglieder der SPÖ: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz

GR Frank-Unger verabschiedet sich nach dieser Abstimmung und verlässt die GR Sitzung um 21:30 Uhr.

Punkt 2)

Auftragsvergabe Kopierer und Drucker für alle Gemeindebereiche.

Gemeinderätin Hitzinger berichtet, dass die Stadtgemeinde Neusiedl am See Angebote für eine Komplettlösung (Service und Wartungsvertrag inkl. Tonernachbestellung) bei den Druckern und Kopierern sämtlicher Gemeindebetriebe eingeholt hat. Es sollen 34 Geräte angeschafft werden. Von den fünf Angeboten wurden die Angebote der beiden Bestbieter, die ELÖ GmbH und die „Beck Office“, beide aus Neusiedl am See, dem Stadtrat vorgelegt.

GR Schneider fragt an, warum beim Angebot der Beck Office ein Gerät weniger aufscheint als in jenem der ELÖ GmbH. Hitzinger antwortet, dass bei der Entscheidung im Stadtrat der Preis für je 35 Geräte verglichen wurde. Beide Angebote lagen dem Stadtrat vor und waren auch in der Unterlagenmappe einzusehen. Man entschied sich für den Bestbieter, die Beck OG. Nach dieser Entscheidung im Stadtrat wurde die Anzahl der Geräte beim Bestbieter nach unten korrigiert, da ein Gerät im Büro der Freizeitbetriebe stehen hätte sollen, für das aktuell kein Bedarf mehr besteht.

Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von GR Hitzinger der Beschluss gefasst, den Auftrag an den Bestbieter, die „Beck Office“ aus Neusiedl am See zu vergeben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried. Gegen den Antrag stimmten die Gemeinderatsmitglieder der SPÖ: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz

Punkt 3)

Bestellung Geschäftsführer ABEG GmbH

Dieser TOP wurde vor Beginn der Tagesordnung vom Bürgermeister abgesetzt.

Punkt 4)

Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz: Bedarfserhebung u. Entwicklungskonzept 2014

Stadträtin Rupp erklärt, dass jede Gemeinde den Bedarf an Kindergartenplätzen für die kommenden drei Jahre erheben muss. Der Bedarf der Stadtgemeinde umfasst derzeit 275 Kindergartenplätze (das sind 11 Gruppen) und 45 Kinderkrippenplätze (das sind 3 Gruppen). Für das Kindergartenjahr 2015/2016 und 2016/2017 soll eine zusätzliche Kinderkrippengruppe entstehen. Diese Gruppe soll die neu zugebaute Gruppe am Kindergarten im Gartenweg darstellen.

Alle Einzelheiten können der Bedarfserhebung und dem Entwicklungskonzept entnommen werden, da diese in Abschrift einen integrierten Bestandteil dieser Verhandlungsschrift bilden.

GR Linhart weist darauf hin, dass die 8 Plätze für die Integrationskinder bei dieser Zahl eingerechnet wurden und dies falsch sei. StR Rupp bestätigt dies und bittet diese Änderung noch vorzunehmen. Linhart will weiters wissen, ob es tatsächlich realistisch ist, dass der Kindergartenzubau im September nächsten Jahres fertig ist. Bürgermeister Lentsch und StR Rupp bejahen dies, da dies auch von der Landesregierung so bestätigt wurde. Voraussetzung sei allerdings eine positive Bearbeitung des Entwicklungskonzeptes.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird der Antrag von StR Rupp einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 5)

Dienstbarkeitsvertrag Grst. Nr. 4657/59, Am Wagram

GR Kolar bittet den Dienstbarkeitsvertrag zur grundbücherlichen Sicherstellung (Durchquerung von Kabelleitungen) zwischen der Stadtgemeinde Neusiedl am See und der Energie Burgenland, welcher das Grundstück Nummer 4657/59 EZ: 4569 Am Wagram betrifft, positiv zu beschließen.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird der Antrag von GR Kolar einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 6)

Dienstbarkeitsvertrag Grst. Nr. 4657/3

GR Kolar bittet den Dienstbarkeitsvertrag zur grundbücherlichen Sicherstellung (Durchquerung von Kabelleitungen) zwischen der Stadtgemeinde Neusiedl am See und der Energie Burgenland, welcher das Grundstück Nummer 4657/3 EZ:1 betrifft, positiv zu beschließen.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird der Antrag von GR Kolar einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider

Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 07)

Evaluierung des Krämermarktes (Monatsmarkt) (gemäß § 38 GemO über Antrag der SPÖ – Fraktion)

Vizebürgermeisterin Böhm regt eine Evaluierung des Monatsmarktes an, da es aufgrund des Standortes auf der Hauptstraße ihrer Meinung nach durch das Errichten der Umfahrungen bzw. das Aufstellen der dafür notwendigen Verkehrsschilder zu erhöhten Kosten für die Gemeinde kommt. Es sollte geprüft werden, ob der Monatsmarkt an einen anderen Ort verlegt werden könnte. Die Ergebnisse dieser Evaluierung sollten dem Gemeinderat binnen drei Monaten vorgelegt werden.

Bürgermeister Lentsch berichtet, dass er am 20.4.2013 einen Termin mit dem Bezirkshauptmann diesbezüglich hatte, um abklären zu können, welche Erkenntnisse die BH aus diesen ersten Marktmonaten entlang der Hauptstraße hatte. Es wurde vereinbart, dass die Situation bis zum Jahresende erneut genau beobachtet werden soll und es einen neuen Besprechungstermin im nächsten Jahr geben soll. Diesen Termin hat es am 7.1.2014 in der Steuerberatungskanzlei des Bürgermeisters gegeben. Hier wurde besprochen, dass es ein Sachverständigengutachten sowie offiziell eingeholte Meinungen der Polizei geben soll. Der Bezirkshauptmann hat nach interner Rücksprache darüber informiert, dass eine teilweise Verlegung des Marktes auf die Nebenfahrbahn sicherlich möglich sei. Weitere Schritte können von seiner Seite aus gerne gemeinsam beschlossen werden.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird der Antrag von Vizebürgermeisterin Böhm einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 08)

Änderung der bisher gehandhabten Regelung bei der Einbringung von Anträgen zu Gemeinderatsitzungen (gemäß § 38 GemO über Antrag der SPÖ – Fraktion)

StR Scheuer begründet den Antrag damit, dass es oft fehlende bzw. nicht vollständige Informationen in der Unterlagenmappe gibt und diese erst im Zuge der Gemeinderatssitzung nachträglich vorgetragen werden, sodass sich nicht erkennen lässt, welcher Antrag sich daraus tatsächlich ergibt. Eine entsprechende Vorbereitung sei daher nur bedingt bis gar nicht möglich.

Bürgermeister Lentsch und GR Kast meinen unisono, dass dies ein rechtswidriger Antrag sei. Lentsch verweist auf § 40 Abs. 2 der burgenländischen Gemeindeordnung.

Er fragt, warum die SPÖ nicht wie jede andere Partei die gewünschten Anträge mündlich in der vorhergehenden Stadtratssitzung einbringt.

GR Kast schlägt nach einer längeren Diskussion vor, dass sich der Gemeinderat vor der nächsten Sitzung zusammensetzt, damit die zukünftige Vorgehensweise diskutiert und in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen wird.

Bürgermeister Lentsch merkt an, dass sich die Mitarbeiter des Rathauses sehr bemühen, die Unterlagen rechtzeitig und vollständig in die Unterlagenmappe zu legen. Dies habe man in den letzten Sitzungen auch gemerkt, deshalb bedankt er sich an dieser Stelle für ihr Bemühen. Lentsch ist zwar für eine detaillierte Information über den jeweiligen TOP, möchte aber nicht, dass die Anträge wortwörtlich vorgelegt werden müssen. Sollte ein Beschluss gefasst werden, soll dieser inhaltlich möglichst genau beschrieben werden.

Der TOP wird vertagt und soll zunächst in der nächsten Stadtratssitzung diskutiert und in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen werden.

Punkt 09)

Bericht über den Leitfaden für die regionale Vergabe von Bau- und Dienstleistungsverträgen für Gemeinden (gemäß § 38 GemO über Antrag der SPÖ – Fraktion)

GR Zitz berichtet, dass der Gemeindevertreterverband Burgenland einen Leitfaden für die regionale Vergabe von Bau- und Dienstleistungsverträgen für Gemeinden herausgegeben hat. Der Leitfaden beinhaltet Formulare und Richtlinien, die beschreiben, wie man Aufträge an regionale und lokale Dienstleister vergeben kann, ohne Ausschreibungen tätigen zu müssen. Zitz findet diesen Leitfaden eine gute Anleitung. Er würde deshalb bitten, diesen als Grundlage für die Vergabe von Aufträgen zu nehmen.

Bürgermeister Lentsch dankt GR Zitz für diese Information. Er begrüßt diese Vorgehensweise und wird sie an die Mitarbeiter des Rathauses weitergeben.

Punkt 10)

Geschäftsordnung des Gemeinderates

GR Kast verweist auf die Muster Geschäftsordnung des Gemeinderates. Er verzichtet auf das Verlesen dieser, da sie zur Durchsicht bereits in der Unterlagenmappe aufgelegt ist. Er regt jedoch auf Grund der heutigen Ereignisse zwei Dinge an. Erstens soll pro Partei ein Fraktionsführer bestimmt werden, damit klar bestimmt ist, wer die Partei vertritt. Zweitens soll die Einschränkung bei § 7 Absatz (3) gestrichen werden, da sich sonst bei Ausschüssen jemand nicht öfters als zweimal melden darf.

Der TOP wird vertagt und soll zunächst in der nächsten Stadtratssitzung diskutiert und in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen werden.

Punkt 11)

Ratenzahlungen

GR Kast erklärt zu diesem TOP, dass es auf Grund der Verwaltungsvereinfachung den Mitarbeitern der Buchhaltung ohne Rücksprache mit der Politik erlaubt werden darf, Ratenzahlungen zu genehmigen.

Die Richtlinien sollen wie folgt aussehen: Ratenansuchen werden nur nach schriftlichem Ansuchen genehmigt und mit Bescheid vorgeschrieben. Es werden bei Beträgen über € 200,- die gesetzlichen Stundungszinsen (derzeit 6%) verrechnet. Bei Beträgen bis € 600,- (max. 5 Monatsraten) und bei Beträgen über € 600,- (max. 12 Monatsraten, pro Rate jedoch mind. € 100,-) kann der jeweilige Sachbearbeiter über die Genehmigung entscheiden. Andere Zahlungsmodalitäten müssen durch den Stadtrat genehmigt werden.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird der Antrag von GR Kast einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 12)

Straßenbezeichnung (im Bereich Kaserne)

Stadtrat Halbritter stellt nach kurzer Diskussion den Antrag, die Straße „Pionierweg“ zu nennen.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird dieser Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführten Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 13)

Grundsatzbeschluss Hundeauslaufzone

GR Fischbach berichtet, dass sich Die Grünen gemeinsam mit der ÖVP zum Ziel gesetzt haben, eine Hundeauslaufzone zu errichten, da es in der heutigen Zeit immer schwieriger wird, geeignete Plätze zu finden, wo Hunde genügend Auslauf erhalten und ohne Leine herumlaufen können. Als geeigneter Standort hat sich der Bereich zwischen Grillplatz und Bauhof herausgestellt. Da es von Seiten des Natur- und Landschaftsschutzes bereits „Grünes Licht“ für die Realisierung gibt, liegt seit kurzem auch die Zustimmung der Urbarialgemeinde vor. Die Errichtungskosten liegen bei zirka € 8.700,-. Die Errichtungskosten werden durch das Umweltbudget aus den Jahren 2013 und 2014 gedeckt. Der Rest soll über Sponsoreneinnahmen erfolgen. Bürgermeister Lentsch ergänzt, dass für das Grundstück eine jährliche Pacht von € 1.000,- vorgesehen ist. Bei der Generalversammlung der Urbarialgemeinde wurde festgelegt, dass für das gesamte Areal inklusive Grillplatz und Wasserentnahmestelle ein Pachtvertrag erstellt werden soll, in dem festgehalten wird, dass die jährliche Pacht

€ 3.000,-- beträgt und sich die Laufzeit auf 10 Jahre beschränkt. Der Vertrag soll auch eine Indexklausel enthalten.

StR Scheuer stellt die Frage, warum dieser Punkt überhaupt auf die TO genommen wurde bzw. warum es einen Grundsatzbeschluss über die Errichtung dieser Hundeauslaufzone geben soll, wenn die Medien (inkl. Stadtkurier) bereits vor Wochen über die Errichtung, die von den Grünen und der ÖVP beschlossen wurde, berichteten. Des Weiteren wurde mit den Arbeiten bereits begonnen, deshalb sei seiner Meinung nach kein Beschluss mehr notwendig. Scheuer weist auch darauf hin, dass für die SPÖ auf Grund vieler verschiedener Finanzierungsvarianten keine Kostenwahrheit erkannt werden kann. Die SPÖ Fraktion findet dies gegenüber der Neusiedler Bevölkerung unverantwortlich, wenn man sich trotz Haushaltskonsolidierung den Luxus einer Hundeauslaufzone leisten möchte. Man sei zwar grundsätzlich nicht gegen ein derartiges Projekt, man müsse es sich nur leisten können.

StR Halbritter will festhalten, warum dieser Beschluss im Gemeinderat beschlossen werden soll. Auf Grund der Auftragssumme könnte der Bürgermeister dies zwar im Alleingang beschließen, da in der vorangegangenen Vorstandssitzung jedoch Kritik von Seiten der SPÖ laut geworden ist, dass es keinen Gemeinderatsbeschluss gab, soll dies als Entgegenkommen für die SPÖ nun nachgeholt werden. Er ist verwundert, dass dies nun auch nicht der SPÖ Recht ist.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführten Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried. Gegen den Antrag stimmten die Gemeinderatsmitglieder der SPÖ: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz

Punkt 14)

Widmungsverordnung Paulinerweg (Abtretung ins öffentliche Gut)

GR Ing. Horvath stellt den Antrag, die in der Teilungsurkunde des Herrn DI Horvath vom 17.12.2013, GZ.3487-A/13 ausgewiesene Trennfläche von 582 m² dem öffentlichen Gut zur Errichtung bzw. Verbreiterung von Straßen und Wegen zu widmen.

Der Antrag von GR Ing. Horvath wird durch einstimmigen Beschluss genehmigt. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

StR Emmerich Haider verlässt nach der Abstimmung den Sitzungssaal.

Punkt 15)

Widmungsverordnung Satzgasse 7, Strasser Hubert (Abtretung ins öffentliche Gut)

GR Ing. Horvath stellt den Antrag, die in der Teilungsurkunde des Herrn DI Horvath vom 29.11.2013, GZ.5206-A/13 ausgewiesene Trennfläche von 60m² dem öffentlichen Gut zur Errichtung bzw. Verbreiterung von Straßen und Wegen zu widmen.

Der Antrag von GR Ing. Horvath wird durch einstimmigen Beschluss genehmigt. Bei der Abstimmung waren bis auf StR Emmerich Haider alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 16)

Widmungsverordnung Hirschfeldspitz - Regulierung (Abtretung ins öffentliche Gut)

GR Ing. Horvath stellt den Antrag, die in der Teilungsurkunde des Herrn DI Opitz Michael vom 12.04.2013, GZ.178/2012 ausgewiesene Trennfläche von insgesamt 511m² dem öffentlichen Gut zur Errichtung bzw. Verbreiterung von Straßen und Wegen zu widmen.

Der Antrag von GR Ing. Horvath wird durch einstimmigen Beschluss genehmigt. Bei der Abstimmung waren bis auf StR Emmerich Haider alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführte Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 17)

Ergänzungsbeschluss über die Vereinbarung zwischen OSG und der Stadtgemeinde Neusiedl am See „Betreubares Wohnen“, zeitlich befristete Auflösung der Vereinbarung im Anlassfall (Ansuchen bzw. Gewährung einer Wohnbeihilfe) für Einzelwohnung

GR Berger erklärt zu diesem TOP folgendes: Seitens des Landes Burgenlandes wurde mit Schreiben von 06.02.2014 die Zustimmung der Wohnbauförderung über die Anmietung der 9 Wohnungen des betreubaren Wohnens in der Rochusstraße 3 erteilt. Darin wird darauf hingewiesen, dass bei diesen Wohnungen keine Hauptmiete vorliegt und Nutzungsberechtigte somit keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe haben.

Deshalb soll nun eine Einzelwohnung im Anlassfall (sozial schwache Personen mit Anspruch auf Wohnbeihilfe) zeitlich befristet – auf die Dauer des jeweiligen Mietverhältnisses bzw. auf die Dauer des Anspruches auf Wohnbeihilfe – aus der Vereinbarung zwischen der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft und der Stadtgemeinde Neusiedl am See – Betreubares Wohnen mit 9 Wohnungen (Zahl: Mag. NP9899, unterzeichnet am 22.5.2013 seitens der Stadtgemeinde Neusiedl am See basierend auf Gemeinderatsbeschluss vom 14.3.2013 herausgelöst werden und mit den

Wohnungsinhabern direkt ein Mietvertrag mit der OSG abgeschlossen werden, wobei die Stadtgemeinde Neusiedl am See das Erstvergaberecht behält. Die OSG hat daher in diesem Mietvertrag klarzustellen, dass der Mieter kein Vorschlagsrecht erhält. Somit haben sozial bedürftige Menschen einen Anspruch auf Wohnbeihilfe.

Um diese Verträge im jeweiligen Einzelfall möglichst rasch abwickeln zu können, soll nun dieser Beschluss ergänzend zur Vereinbarung zwischen OSG und der Stadtgemeinde Neusiedl am See gefasst werden. Im Anfall kann dann der Bürgermeister oder ein von ihm ermächtigter Vertreter des Gemeinderates diese Wohnung aus der Vereinbarung herausnehmen.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird der Antrag von GR Horvath einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Für den Antrag stimmten nachstehend namentlich angeführten Gemeinderäte: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Emmerich Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz, Fischbach, Linhart und Haider Gottfried.

Punkt 18)

Personalangelegenheiten

Dieser TOP wird im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung behandelt.

Punkt 19)

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Lentsch berichtet, dass die Gemeindeabteilung mit Schreiben vom 14.2.2014 den 1. NVA für das Jahr 2013 mit Mehreinnahmen und –ausgaben im ordentlichen HH von € 8.300,-- und € 2.332.700,-- für den außerordentlichen Haushalt zur Kenntnis genommen hat.

StR Scheuer wurde bei der letzten Stadtratssitzung gefragt, wie weit Handyparken angenommen wird. Laut einer Statistik wurden bis jetzt 1242 Parkscheine in der Zeit von 25. November 2013 – 12. März 2014 gelöst. Das ist eine gebuchte Parkzeit in Stunden von 1222, die von 240 registrierten Nutzern bezahlt wurden.

Bürgermeister Lentsch berichtet weiters von einem Bericht aus der Kleinen Zeitung. Lentsch wurde vor einiger Zeit im Wahlkampf relativ stark angegriffen, weil er den Bau eines Handymastens nicht verhindert habe. Der steirische Landesrat und Ex-Bürgermeister von Spittal Gerhard Köfer und sein damaliger gesamter Gemeinderat wurden genau wegen dieser Sache von der Staatsanwaltschaft Klagenfurt mit dem Vorwurf, dass der Gemeinderat in solchen Fällen kein Mitspracherecht habe, angeklagt. Der Bürgermeister wollte mit dem Verlesen des Artikels zum Ausdruck bringen, dass es ihn freut, richtig entschieden zu haben

Der Bürgermeister lädt zur Abschlussveranstaltung des Projektes Gesunde Stadt, am Freitag, den 21.3.2014 ins Haus im Puls sowie zur Flurreinigung. Letztere findet am Samstag, den 5.4.2014 statt.

Punkt 20)**Allfälliges**

StR Scheuer berichtet, dass der Tourismusverband und die Stadtgemeinde Neusiedl am See eine neue Homepage bekommen. Deshalb verzögert sich die in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossene passwortgeschützte Onlinestellung der Gemeinderatsunterlagen bis Oktober 2014. Bürgermeister Lentsch merkt an, dass die Homepage der Stadtgemeinde in der Grundausstattung nichts kostet.

GR Gottfried Haider fragt den aktuellen Stand im Streitfall Csida gegen Egger (Taubenzucht) an. Der Bürgermeister berichtet, dass beide Parteien aufgefordert wurden fehlende Einreichunterlagen nachzubringen. Laut seinem derzeitigen Wissenstand sei eine Taubenzucht Hobbyzwecken im Bauland-Wohngebiet erlaubt. Der Bürgermeister war bei dieser Sitzung leider beruflich im Ausland, er habe jedoch nicht, wie im TV berichtet, erst kurzfristig sondern gleich nach der Einladung abgesagt. Der Bürgermeister war mehrfach am „Tatort“, habe jedoch niemals einen Taubenkot bemerkt, weder bei den Parteien noch bei Nachbarn.

GR Fischbach fragt Frau Vizebürgermeisterin Böhm nach der aktuellen Lage beim Seebad-Parkplatz. Böhm sagt, dass sie keine Lösung anbieten kann und verweist auf die Vorstandssitzung, in der ein möglicher Schrankensystem diskutiert wurde, sie wisse jedoch nicht, wie man hier weiter vorgehen könnte. Bürgermeister Lentsch erklärt, dass der Geschäftsführer der FZB GmbH Hermann Keglovits nach Beiratsbeschluss ein Verkehrsgutachten beauftragt hat. Es gebe laut Gutachten drei Varianten, wobei ein Schranken von vornherein ausgeschlossen wurde.

GR Kast fragt bei StR Scheuer an, welche Schwerpunkte in Sachen Verkehr mit Ausnahme des Handyparkens getätigt wurden. Scheuer sagt, dass es keine Schwerpunkte gibt und berichtet, dass es bezüglich des Handyparkens weiterhin Probleme mit dem Volksanwalt gebe. Grund dafür sei die halbe Stunde gratis parken.

GR Kast will auch von StR Lichtenberger wissen, was sich in ihrem Ressort „Kultur und Vereine“ Neues tut. Lichtenberger sagt, dass sie keine Aktivitäten gesetzt habe, da niemand an sie herangetreten ist! Sie habe von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit dem Bürgermeister berichtet, seither sei aber niemand an sie herangetreten. Lentsch bestreitet und verweist auf das Subventionsansuchen von Pannopticum (Verein Fadenschein), wo es nur Ablehnung seitens der SPÖ gegeben hätte. Lichtenberger rechtfertigt sich damit, dass hier kein direkter Handlungsbedarf für sie bestand. Sie berichtet weiters, dass bezüglich Vereinsförderung Unterlagen zusammengestellt werden und Vereinsförderrichtlinien in Ausarbeitung sind. Sie ist sich jedoch noch nicht sicher, ob es sinnvoll ist, diese bisherige Fassung (Antragsformular) zu publizieren.

GR Sämman-Takacs fragt an, ob bezüglich der Parkplätze am Bahnhof-Seebad Änderungen angedacht sind. Bürgermeister Lentsch sagt, dass die Seebahn-AG (Eigentümer vom Seebahnhof) grundsätzliches Interesse am Verkauf signalisiert hat und das Grundstück zu einem Preis von € 30 pro m² der Stadtgemeinde angeboten hat. Der Bürgermeister ist jedoch skeptisch, da die Gemeinde zukünftig für den Winterdienst und die Müllentsorgung auf dem Grundstück zuständig sei und dies auf Grund der Geleisnähe zu überdenken sei.

Vizebürgermeisterin Böhm fragt wegen der Kindergartenförderungsbestätigung an. VB Stranz erklärt, dass diese Bestätigung nach Bezahlung der KiGa Beiträge (einmal im Jahr) im Mai von der Stadtgemeinde ausgestellt wird.

GR Depauly fragt wegen der Segelschule im Seebereich an. Bürgermeister Lentsch berichtet, dass die Neusiedl am See Projektentwicklungs GmbH der Eigentümer ist. In Gesprächen wurde klargestellt, dass der Betrieb in diesem Jahr jedenfalls noch am derzeitigen Standort weitergeführt werden soll. Eine Verlegung an einen anderen Platz steht danach im Raum. Grundsätzlich soll eine Segelschule in Neusiedl am See jedoch auf jeden Fall erhalten bleiben.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird die Sitzung des Gemeinderates um 22.50 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer